

Geschäftszahl 30.100/4-VI/9/99		Verschlußvermerk		Dringlichkeitsvermerk	
Vorzahlen	Nachzahlen			Skartierungsvermerk 2010	
miterl. Ordnungszahlen				Genehmigungsvermerke	
Gegenstand Entwurf eines Ersten Bundesrechtsbereinigungsgesetzes; Begutachtungsverfahren				Frist	zu betreiben am
					neue Frist
<u>zur Einsicht vor</u> Erledigung, Genehmigung, Abfertigung, <u>Hinterlegung</u>					
1) Abt. VI/10					
2) Abt. VI/B/12					
3) Abt. VI/9					
Endfassung:		Vergl.		abgezeichnet von	
Begl.:	an Drucker	HAAS WITTMANN Bearbeiter		genehmigt von	
Abgef.:	Begl.:				
Telekopie an :	sonstig:				
	Begl.:				
				i.V. Steinkellner November 99	

Dieses Dokument wurde mittels e-Mail vom Verfasser zu Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes wird von der Parlamentsdirektion keine Haftung übernommen.

Kanzleiweisung

- 1) Der Erl. II sind 25 Ausfertigungen der Erl. I anzuschließen.
- 2) Die Erl. I ist im Wege elektronischer Post an die Adresse begutachtungsverfahren@parlament.gv.at zu senden.

Votum

Das Bundeskanzleramt - Sektion VI übermittelte den Entwurf eines Ersten Bundesrechtsbereinigungsgesetzes zur Begutachtung. Mit Dienstzettel wurde der Entwurf an die Abteilungen VI/10 und VI/B/12 verteilt. Die Abt. VI/10 hat schriftlich (mit Akt GZ 30.511/16-VI/10/99), die Abt. VI/B/12 hat telefonisch (Mag. Steinkellner und Dr. Fischinger am 23.3.1999) zu dem Entwurf Stellung genommen.

Es ergeht:

oooooooooooooooo



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

straße 2

A-1031 Wien, Radetzky-

Tel. (++43)-1-711 72/0

FAX: (++43)-1-713 79 52

DVR: 0649856

GZ 30.100/4-VI/9/99

Bundeskanzleramt - Sektion V
Ballhausplatz 2
1031 Wien

Sachbearbeiter:
Dr. Wittmann
Klappe/DW: 4156

Betrifft:

Entwurf eines Ersten Bundesrechtsbereinigungs-
gesetzes; Begutachtungsverfahren

Zu dem mit Ihrem Schreiben vom 5. März 1999, GZ 690.033/2-V/3/99, übermittelten Entwurf eines Ersten Bundesrechtsbereinigungsgesetzes nimmt das Bundeskanzleramt - Sektion VI wie folgt Stellung:

I.

Nach neuerlicher eingehender Prüfung des Veterinärrechts kann auf die nachstehenden Rechtsvorschriften nicht verzichtet werden, da ohne sie bestimmte notwendige Maßnahmen keine Rechtsgrundlage hätten. Die dienstrechtlichen Vorschriften für die Amtstierärzte gelten in den Ländern subsidiär zum Landesrecht und sind aufrechtzuerhalten, da einzelne Bundesländer keine einschlägigen dienstrechtlichen Regelungen haben.

Somit sollten folgende Vorschriften zusätzlich in den Anhang I aufgenommen werden:

1. Gesetz vom 27. September 1901, RGBI.Nr. 148, mit welchem in teilweiser Abänderung und Ergänzung der Gesetze vom 30. April 1870, RGBI.Nr. 68 und vom 24 November 1876, RGBI.Nr. 137, die Dienstverhältnisse der bei der staatlichen Veterinärverwaltung in Verwendung stehenden Amtstierärzte einer neuen Regelung unterzogen werden;

- 2 -

2. Verordnung vom 17. November 1909, RGBl.Nr. 179, mit welcher eine neue Dienstinstruktion für die Amtstierärzte der politischen Behörden erlassen wird;
3. Gesetz vom 19. Juli 1879, RGBl.Nr. 108 betr. die Verpflichtung der Desinfektion bei Viehtransporten auf Eisenbahnen und Schiffen;
4. Durchführungsverordnung zum Gesetz (Pkt. 3 oben), RGBl.Nr. 109/1879, i.d.F. RGBl.Nr. 173/1887;
5. Verordnung betr. die Reinigung und Desinfektion von Eisenbahnwagen, in welchen Pferde, Maultiere, Esel, Rindvieh, Schafe, Ziegen oder Schweine befördert worden sind, RGBl.Nr. 30/1906, i.d.F. RGBl.Nr. 195/1923;
6. Verordnung über die Reinigung und Desinfektion von Eisenbahnwagen, die zum Transport von Geflügel benützt werden, RGBl.Nr. 223/1909;
7. Verordnung betreffend die Desinfektion der zur Aufbewahrung oder zum Transport bestimmten tierischen Rohprodukte und Abfälle, RGBl.Nr. 20/1873.

II.

Bei den folgenden bereits im Anhang I befindlichen Vorschriften wären auch die nachstehend genannten Novellen bis 1946 nachzutragen:

86.01.05 (TSG)BGBI.Nr. 348/1934, BGBI.Nr. 441/1935
86.01.05/001 (TSG-DVO)BGBI.II Nr. 407/1934

III.

Im Bereich des Lebensmittelrechtes wird die Verordnung vom 2. April 1901, RGBl. Nr. 36, womit die Verwendung ungenießbarer Gegenstände für Eßwaren sowie das Verkaufen und Feilhalten solcher mit

ungenießbaren Gegenständen versehenen Eßwaren verboten wird, weiterhin benötigt und wäre in den Anhang I aufzunehmen.

Von der im Anhang I genannten Verordnung betreffend Untersuchungsanstalten für Lebensmittel (RGrBl.Nr. 240/1897) ist nur noch der § 4 in Kraft. Daher sollte nur der § 4 in Anhang I genannt werden.

Das im Anhang I genannte Nitritgesetz (dRGrBl. I S 513/1934) wurde mit der Verordnung BGBl.Nr. II 383/1998 aufgehoben und wäre daher aus Anhang I zu streichen.

Die im Anhang I genannte Verordnung vom 21. August 1939 über den Fett-, Wasser- und Salzgehalt der Butter (dRGrBl. I S 1527/1939) wird nicht mehr benötigt und wäre ebenfalls aus Anhang I zu streichen.

IV.

Da das Bundeskanzleramt - Sektion VI entgegen der ursprünglichen Annahme nicht in der Lage ist, vor dem Jahr 2000 eine Verordnung über die Verwendung sehr giftiger und giftiger Gase zur Schädlingsbekämpfung zu erlassen, sollten die in § 77 Abs. 2 des Chemikaliengesetzes 1996, BGBl. I Nr. 53/1997, genannten Rechtsvorschriften jedenfalls bis Ablauf des 31. Dezember 2004 weiter gelten, also in Anhang IIIa aufgenommen werden.

Das betrifft:

1. die Verordnung über die Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen vom 29. Jänner 1919, deutsches RGrBl. S 165/1919, in der Fassung der Verordnung dRGrBl. I S 297/1927, dRGrBl. I S 137/1928, dRGrBl. I S 83/11931, dRGrBl. I S 539/1932, dRGrBl. I S 712/1934, dRGrBl. I S 1191/1934, dRGrBl. I S 571/1935, dRGrBl. I S 444/1936, dRGrBl. I S 479/1936, dRGrBl. I S 637/1938, dRGrBl. I S 193/1941, dRGrBl. I S 179/1943, zuletzt geändert durch die Bundesgesetze BGBl. Nr. 234/1972, BGBl. Nr. 50/1974 und BGBl. Nr. 450/1994;
2. die Verordnung vom 6. April 1936 über die Verwendung von Phosphorwasserstoff zur Schädlingsbekämpfung, dRGrBl. I S 360/1936, in der Fassung der Verordnung dRGrBl. 633/1936, zuletzt geändert durch die Bundesgesetze BGBl. Nr. 234/1972 und BGBl. Nr. 450/1974;

3. die Verordnung vom 25. August 1938 über den Gebrauch von Äthylenoxid zur Schädlingsbekämpfung, dRGBI I S 1058/1938, in der Fassung der Verordnung dRGBI. I S 69/1941, zuletzt geändert durch die Bundesgesetze BGBl. Nr. 234/1972 und BGBl. Nr. 450/1994;
4. die Verordnung vom 2. Februar 1941 über den Gebrauch von Tritox (Trichloracetonitril) zur Schädlingsbekämpfung, dRGBI I S 72/1941, zuletzt geändert durch die Bundesgesetze BGBl. Nr. 234/1972 und BGBl. Nr. 450/ 1994;
5. die Verordnung vom 28. August 1941 über die Abgabe von thalliumhaltigen Ungeziefermitteln (Schädlingsbekämpfungsmitteln) in den Reichsgauen der Ostmark, dRGBI. I S 551/1941.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

25. März 1999
Der Sektionsleiter
i.V. Steinkellner

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1031 Wien, Radetzkystraße
2
Tel. (++43)-1-711 72/0
FAX: (++43)-1-713 79 52
DVR: 0640856

GZ 30.100/4-VI/9/99

Präsidium des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Sachbearbeiter:
Dr. Wittmann
Klappe/DW: 4156

Betrifft:

Entwurf eines Ersten Bundesrechtsbereinigungs-
gesetzes; Begutachtungsverfahren

Das Bundeskanzleramt - Sektion VI übermittelt 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Ersten Bundesrechtsbereinigungsgesetzes.

Beilage

25. März 1999
Für die Bundesministerin für
Frauenangelegenheiten und
Verbraucherschutz
i.V. Steinkellner

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: